

Sämtliche Versicherungen funktionieren nach einem einfachen Prinzip. Viele Menschen zahlen in sie ein, damit Einige(!), die einen Schaden erleiden, diesen ersetzt bekommen. Das funktioniert auch bei Lebens- und Rentenversicherungen solange wie es mehr Einzahler als Leistungsempfänger gibt. Aber genau das Verhältnis dreht sich zukünftig um. Wenn die geburtenstarken Jahrgänge, so ab 2025 herum, in Rente gehen, dreht sich das Verhältnis. Immer mehr Leistungsempfänger stehen immer weniger Einzahler gegenüber. Was passiert dann eigentlich mit dem Versicherungskonzern? Natürlich gibt es einen Einlagensicherungsfond kann man einwenden. Aber der garantiert nur die eingezahlten Beiträge! Und wie steht es dann um die versprochene Rendite? Klar alle werden später aus ihrer privaten Altersvorsorge Geld erhalten, nur ist es möglich das, dass viel weniger sein wird als einst versprochen wurde! Und Natürlich steckt ein Versicherungskonzern das Geld nicht für einen in einen Sparstrumpf! Er investiert das Geld in – gesetzlich vorgeschrieben – sichere Anlagen. Wie z. B. Staatsanleihen. Wie sicher diese sind kann jeder in der Zeitung nachlesen. Außerdem verpflichten sich gerade die Staaten der europäischen Währungsgemeinschaft zu einer Schuldenbremse. Dann gibt es keine Staatsanleihen mehr. Die Schuldenbremse wird sich somit als Tod für die private Alterssicherung erweisen. Kein Problem, es gibt ja noch den Aktienhandel ...

Nun zu der betrieblichen Altersvorsorge. Nicht nur, dass Arbeitnehmer in kleinen Unternehmen davon nicht profitieren. Vor kurzem hat der Verfasser dieser Zeilen gelesen, dass viele Unternehmen gern aus dieser Art der Altersvorsorge austreten möchten. Ihnen schwant wohl, das dass in Zukunft nicht mehr bezahlbar ist!

Von unserer Partei ist aber geplant, diesen Sektor der Alterssicherung weiter auszubauen.

Eine weitere Möglichkeit zur Altersvorsorge wäre Wohneigentum. Im Alter spart man die Miete und kommt so mit weniger Geld über die Runden. Für mich eine Alternative. Wenn man im Alter das Haus aber nicht mehr unterhalten kann, stünde ein Verkauf an, mit dem Erlös könnte dann betreutes Wohnen oder eine Pflegeeinrichtung „finanziert werden. Könnte, vielleicht. Auch beim Immobilienverkauf ist davon auszugehen, dass es durch den demografischen Wandel zukünftig weniger Wohnbedarf nachgefragt wird. Es ist möglich, dass die Preise für Immobilien, außerhalb von Ballungszentren, bis 2050 um 90 Prozent fallen werden. Ob „Stelle“ dann noch zur Metropolregion Hamburg gehört, oder bereits zu weit abseits liegt, wird sich zeigen.

Aus meiner Sicht gibt es keine Alternative zum längeren Arbeiten! Nur, werden wir wirklich so viel älter werden wie es uns die Statistiker weismachen wollen?

Auch hier habe ich Zweifel. Wir werden älter werden und kranker. Die medizinische Versorgung wird sich – außerhalb von großen Städten – verschlechtern. Schon jetzt wird in Teilen des Landkreises ein Fachärztemangel beklagt. Schon jetzt gibt es zu wenige Pflegekräfte. Die vorgeschriebenen Zeiten für Rettungskräfte werden zukünftig nur schwer zu halten sein. In einigen Bereichen übernimmt die freiwillige Feuerwehr die Erstversorgung von Kranken und Verletzten. Es gibt aber immer weniger Freiwillige für diese Aufgabe und es wird auch immer schwieriger am Tage die Einsatzbereitschaft aufrecht zu halten.

Der Medizinische Fortschritt wird es möglich machen, dass zukünftig viele Krankheiten und Beschwerden besser behandelt werden können. Zu welchem Preis? Wer soll das bezahlen? Schon jetzt klagen alle Beteiligten im Gesundheitswesen (Ärzte, Krankenhäuser, Apotheken, Pharma-industrie und bald auch wieder die Krankenkassen) über Geldmangel.

Wie beschrieben gibt es viele Unsicherheiten bezüglich der Frage ob „die Renten sicher sind“. Alle großen Rentenreformen der letzten Jahre sind von der SPD angestoßen und mitgetragen worden. Entweder durch Rot - Grün unter Gerhard Schröder. Oder in der großen Koalition im Wesentlichen vorangetrieben von Franz Müntefering. Das hat uns viele Parteimitglieder und Wählerstimmen gekostet. Heute diskutieren wir erneut über die Zukunft der Renten und wie wir die drohende massive Altersarmut begegnen können. Trotzdem sind wir gut beraten die beschlossenen Reformen nicht vorschnell zu verwässern oder gar rückgängig zu machen. Der dann drohende Glaubwürdigkeitsverlust würde uns bei den nächsten anstehenden Wahlen noch viel mehr kosten! Vielmehr sollten wir verstärkt die in Wege geleiteten Reformen verteidigen und die Notwendigkeit, insbesondere der verlängerten Lebensarbeitszeit vermitteln.

Abwendung von der Welt

14. Oktober 1933

Deutschland zieht sich aus internationalen Organisationen zurück. Reichspropagandaminister Joseph Goebbels kündigt vor der deutschen Presse den Austritt aus dem Völkerbund und der Genfer Abrüstungskonferenz an. Gleichzeitig löst Reichspräsident Paul von Hindenburg den Reichstag auf und schreibt Neuwahlen für den 12. November aus. Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath teilt dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, dem Briten Arthur Henderson, den Austritt Deutschlands mit. Dieser erfolge, weil die Abrüstungskonferenz »am mangelnden Willen der hochgerüsteten Staaten« gescheitert sei. Die Nachricht des deutschen Rückzugs aus Genf löst in Paris und London Bestürzung aus. Internationale Beobachter erwarten nun eine beschleunigte deutsche Aufrüstung. Der schon seit längerem geplante Schritt der deutschen Regierung, die sich in ihrem Wunsch nach militärischer Gleichberechtigung enttäuscht sieht, bedeutet die endgültige



Hitler-Helfer Neurath (l.) und Goebbels (r.) in Genf



Hindenburg und Hitler

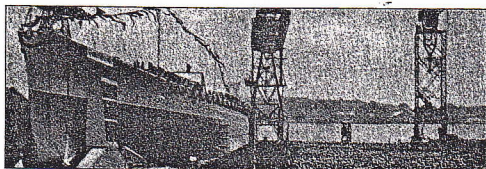
Abkehr von der berechenbaren Politik, die der damalige Außenminister Gustav Stresemann in den 20er Jahren geprägt hatte. Am 19. Oktober erklärt Deutschland auch formell den Austritt aus dem Völkerbund und aus der Internationalen Arbeitsorganisation. In einem persönlichen Appell des Reichskanzlers Adolf Hit-

ler und in einem Aufruf der Reichsregierung wird die deutsche Bevölkerung um Verständnis für den Schritt Berlins gebeten. Bei den Reichstagswahlen am 12. November sind die Deutschen dazu aufgerufen, den Austritt aus dem Völkerbund zu billigen. Mit einer Rede im Berliner Sportpalast eröffnet Hitler am 24. Oktober den Wahlkampf und gleichzeitig die Kampagne für das Referendum über den Rückzug aus dem Völkerbund. Im Vertrauen auf einen gerechten Frieden habe das Kaiserreich 1918 die Waffen gestreckt. Die Hoffnung auf Lebensrecht und Gleichberechtigung seien jedoch nicht erfüllt worden, erklärt Hitler.

3. Oktober 1936

Aufrüstung zur See beginnt

In Deutschland wird die Aufrüstung vorangetrieben. Das erste nach dem Weltkrieg gebaute Schlachtschiff der Kriegsmarine läuft in Wilhelmshaven vom Stapel (s. Abb.). Das 226 m lange 26000-t-Schlachtschiff erhält den Namen »Scharnhorst«. In seiner Taufrede sagt Reichskriegsminister Werner von Blomberg: »Das mächtige Schiff ist das deutsche Symbol praktischer Gleichberechtigung und völliger Wehrhoheit. Dieses Schiff kann keinen würdigeren Namen führen als den des Mannes, der vor 130 Jahren, als Preußen ge-



knechtet zu Boden lag, in der Verschmelzung von Volk und Wehrmacht das Geheimnis des Sieges und das Unterpfand der Freiheit sah.«

26. Oktober 1936

»Schutzhaft« soll abschrecken

In Deutschland ist die sog. Schutzhaft in Konzentrationslagern zu einem institutionalisierten Mittel nationalsozialistischer Herrschaft geworden. Das Reichssicherheitshauptamt weist in einer internen Bekanntmachung darauf hin, dass bei der Einweisung von sog. Schutzhäftlingen in Konzentra-



tionslager als Zeitangabe »bis auf weiteres« zu vermerken sei, »um eine weitergehende abschreckende Wirkung zu erzielen.« Schon längst sind die Lager für viele zu einer Bedrohung geworden (Abb.: »Schutzhäftlinge« in Dachau marschieren unter SS-Aufsicht zum Arbeitseinsatz).

Rückblicke

30. Oktober 1938

Angst vor Marsmenschen

»Meine Damen und Herren, ich habe soeben eine sehr ernste Meldung erhalten: So unwahrscheinlich es auch scheinen mag: Die eigenartigen Wesen, die heute abend bei der Landung in New Jersey gesichtet wurden, sind die Vorhut einer Eroberungsarmee vom Mars.« Die Radiomeldung der CBS schlägt ein wie eine Bombe. Panik bricht aus. Nur wenige bleiben ruhig am Radio und erfahren, dass es sich lediglich um ein realistisch in Szene gesetztes Hörspiel von Autor und Regisseur Orson Wel-



les (s. Abb.) handelt. Tausende verlassen fluchtartig ihre Häuser. Die Ausfallstraßen der großen Städte an der Ostküste sind binnen kurzem von Autos verstopft, deren Insassen in panischer Angst zu fliehen versuchen. In Geschäften kommt es zu Hamsterkäufen, man bereitet sich auf einen Angriff der Außerirdischen vor. Die angebliche Landung von Marsmenschen, die New Jersey mit Todesstrahlen und Gaswaffen vernichten wollen, wird von Welles und seinem Team (s. Abb. unten) effektiv umgesetzt. Das Stück ist nach dem Buch



»Der Krieg der Welten« von H.G. Wells entstanden. Zahlreiche verängstigte Menschen rufen die Polizeistationen an. Viele suchen Zuflucht in Kirchen und beten. Es kommt zu absurden Ereignissen: Anrufer behaupten, die Landung tatsächlich beobachtet zu haben. In Newark verbreitet sich das Gerücht von einem Gasangriff. Eine Frau missversteht die Sendung gleich in doppeltem Sinn. Sie rennt auf die Straße und ruft, die Deutschen hätten New Jersey zerstört. Die Massenpanik ist das Ergebnis einer wachsenden Furcht vor dem Krieg. Die Kriegsvorbereitungen in Europa haben auch in den USA Spuren hinterlassen. Orson Welles erfährt erst von den tumultartigen Folgen seines Hörspiels, als erste Meldungen im Studio einlaufen und schließlich die Polizei im Sender eintrifft. Mit der Radiosendung wird auch Hollywood auf das Multitalent Welles aufmerksam. Die Hysterie in den Oststaaten zeigt zudem, wie groß die Macht des Mediums Radio sein kann. Am folgenden Tag kehren die Amerikaner verschämt zur Normalität zurück.

17. Oktober 1943

Erster Gefangenaustausch

Zum ersten Mal seit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges tauschen die Regierungen Großbritanniens und Deutschlands Gefangene aus. Auf Vermittlung der Schweiz kommt es zu Verhandlungen zwischen den Kriegsgegnern. Die Beratungen verlaufen zäh. Schließlich einigen sich die Regierungsvertreter darauf, kranke und invalide Gefangene auf beiden Seiten in die Freiheit zu entlassen. Unter der Aufsicht des Schwedischen Roten Kreuzes findet der Austausch in Göteborg statt. 4000 britische Kriegsgefangene kehren in ihre Heimat zurück. 800 deutsche Wehrmachtsoldaten können die britischen Internierungslager verlassen. Viele der Heimkehrer sind so schwer verwundet, dass sie auf Tragen transportiert werden müssen. Die Abwicklung der Aktion dauert bis zum 21. Oktober. Bereits seit Beginn des deutschen Russlandfeldzuges bemühte sich das Internationale Rote Kreuz um den Austausch von Kriegsgefangenen. Sämtliche Aktionen scheiterten jedoch bisher an der ablehnenden Haltung der deutschen Führung.

24. Oktober 1943

»Calais« sendet Propaganda

Der britische Propagandasender »Soldatensender Calais« startet sein Programm. Er wendet sich über Mittelwelle vornehmlich an Soldaten der deutschen Wehrmacht. Im Rahmen der psychologischen Kriegsführung versucht der Sender, die Moral der deutschen Truppen in Frankreich zu untergraben. Im Ersten Weltkrieg hatten bereits die Vereinigten Staaten die Mittel der psychologischen Kriegsführung mit überraschendem Erfolg eingesetzt.

Das Redaktionsteam besteht aus britischen Journalisten sowie deutschen Emigranten und Kriegsgefangenen. Dem neuen Sender ist auch der britische Propagandasender »Deutscher Kurzwellensender Atlantik« angeschlossen. Neben Rundfunkübertragungen nutzen die Alliierten auch Flugblätter für ihre Propaganda-Aktionen, die britische und US-Piloten in diesem Jahr verstärkt über Deutschland und den besetzten Gebieten abwerfen. Das erste Flugblatt erreicht deutschen Boden am 28. Juli in Kassel. Bis September 1944 streuen alliierte Flugzeuge rd. 180 Mio. Propagandapapiere aus. Auch die sowjetische Luftwaffe bedient sich derartiger Mittel. Ihr Aktionskreis ist jedoch auf das Frontgebiet beschränkt.



(Abb.: Ein sowjetisches Flugblatt fordert zum Desertieren auf). Die US-Regierung unterhält eine eigene Abteilung zur Koordinierung der Aktionen, das »Office Of War Information«. Auf den Flugblättern werden Soldaten und Zivilbevölkerung zur Kapitulation und zur Revolte gegen das NS-Regime aufgefordert. Alliierten Schätzungen zufolge finden nur wenige Flugblätter Leser.

14. Oktober 1942

Großangriff auf Stalingrad endet in erbittertem Häuserkampf

Die 6. deutsche Armee beginnt einen Großangriff auf die sowjetische Stadt Stalingrad. Unter dem Oberbefehl von Generalfeldmarschall Friedrich Paulus versuchen die deutschen Soldaten, den letzten Brückenkopf der Roten Armee zu erobern. (Abb.: Wehrmachtsoldaten pirschen sich an einen sowjetischen Panzer heran). Deutsche Infanterie kann bis zum 17. Oktober zwei strategisch wichtige Fabriken einnehmen. Doch der Widerstand der Sowjets in der Stadt hält an. Durch ihre Orts-

kenntnis können sie immer wieder Tunnelsysteme für Nachschublieferungen und Überraschungsangriffe nutzen. Die deutschen Reserven hingegen sind erschöpft. Ein erbitterter Häuserkampf setzt ein. Seit der deutsche Angriff in der Sowjetunion 1941 im Schlamm und Eis zum Erliegen kam, drängte Adolf Hitler auf die Eroberung von Stalingrad. Neben strategischen Vorteilen verspricht er sich eine psychologische Wirkung, denn die Stadt trägt den Namen des Gegners Stalin.

2. Oktober 1944

Warschau verraten

In Warschau bricht der Aufstand der polnischen Heimatarmee gegen die deutsche Besetzung zusammen. Am 1. August hatten sich die Mitglieder der Untergrundorganisation gegen die Deutschen erhoben. Sie hofften, den Kampf gegen die Besatzer mit Hilfe der vor Warschau stehenden Sowjettruppen zu gewinnen. Nach wenigen Tagen hatten die Polen die gesamte Stadt unter Kontrolle. Doch der erwartete Einmarsch der Roten Armee blieb aus. Überraschenderweise zogen sich die Sowjettruppen kurz vor Eroberung der Stadt sogar wieder zurück. Ungestört begannen nun die Deutschen, Warschau von den Aufständischen zurückzuerobern. Die schlecht ausgerüsteten Polen können die Stadt zwei Monate lang halten, dann müssen sie sich ergeben. Bei der Rückeroberung gehen die Deutschen unter dem Kommando des SS-Generals Erich von dem Bach-Zelewski mit äußerster Härte vor. Am



Der polnische General Bór-Komorowski (links) ergibt sich General von dem Bach-Zelewski.

5. August gelingt ihnen ein Vorstoß in das Aufstandsgebiet. Die Soldaten treiben die Bewohner aus den Häusern und erschießen 15 000 Menschen. Am Ende der Kämpfe zählen die Verteidiger 200 000 Tote unter der Zivilbevölkerung. Die Stadt liegt in Trümmern. Die polnische Heimatarmee ist aufgegeben. Dem sowjetischen Staatschef Josef W. Stalin wird vorgeworfen, er hätte den Warschauer Aufstand verraten. Stalin rechtfertigt den Rückzug seiner Truppen mit Nachschubproblemen. Tatsächlich sah der Kremlchef seine Pläne für Polen durch die Revolte gefährdet. Die Heimatarmee unterstützte das polnische Exilkomitee in London, während die Sowjets in Lublin bereits eine neue, moskauhörige Regierung für das Land eingesetzt hatten. Der Aufstand in Warschau sollte die geplante Machtübernahme der Sowjets nach dem Krieg verhindern. Stalin sah richtig voraus, dass sich seine Gegner bei den Gefechten entscheidend schwächen würden.



Polnische Parlamentäre mit weißen Kapitulationsfahnen vor den Ruinen des zerstörten Warschau.

Namen und Daten

- 01.10.1892 Martha Fuchs in Grubschütz bei Bautzen geboren; Oberbürgermeisterin von Braunschweig 1959-64; dort am 8.1.1966 gestorben
- 01.10.1982 Durch ein Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt wird Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt (Amtszeit bis 26.10.1998)
- 01.10.1953 Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin, stellvertr. Parteivorsitzender
- 03.10.1957 Willy Brandt zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt (Amtszeit bis 1.12.1966), am 8.10.1992 in Unkel am Rhein gestorben, in Berlin-Zehlendorf auf dem Waldfriedhof beigesetzt
- 03.10.1954 Monika Griefahn, Landesministerin a.D., ehem. MdB
- 03.10.1990 Vereinigung der beiden deutschen Staaten
- 10.10.1947 Wiedegründung der „Internationalen Falkenbewegung“ in Amsterdam
- 13.10.2007 Der Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nimmt die Arbeit auf
- 16.10.1932 Detlev Karsten Rohwedder in Gotha geboren; Präsident der Treuhandanstalt in Berlin seit Juli 1990; Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium 1969-78; wurde am 1.4.1991 von Terroristen ermordet
- 16.10.1927 Günter Grass, Schriftsteller, Literaturnobelpreisträger 1999
- 18.10.1949 Erwin Sellering, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, ehem. Minister für Soziales und Gesundheit a.D., Justizminister a.D., Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern
- 19.10.1967 Klaus Schütz zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt (Amtszeit bis 29.4.1977)
- 19.10.1982 Peter Raunau in Hannover gestorben, Mitbegründer (1946) und Chefredakteur (bis 1957) des „Sozialdemokratischen Pressedienstes“, Chefredakteur der „Hannoverschen Presse“ bis 1968, am 12.11.1902 in Berlin geboren
- 20.10.1950 Axel Plaue, ehem. Vorsitzender der Landtagsfraktion Niedersachsen, ehem. Vorsitzender des AWO Bezirksverbands Hannover e.V.

- 21.10.1902 Kurt Scharf in Landsberg/Warthe geboren; Bischof von Berlin-Brandenburg 1966-76; Ratsvorsitzender der EKD 1961-67; in der Friedensbewegung, bei amnesty international und der Aktion Sühnezeichen aktiv; am 28.3.1990 in Berlin gestorben
- 22.10.1943 Dr. h. c. Wolfgang Thierse, MdB, Bundestagsvizepräsident, Mitglied des Bundestagsfraktionsvorstands, ehem. Vorsitzender der Grundwertekommission, Vorsitzender des Kulturforums, ehem. Stellvertr. Parteivorsitzender, Bundestagspräsident a.D.
- 23.10.1977 Ludwig Rosenberg in Düsseldorf gestorben; DGB-Vorsitzender 1962-69; während der NS-Diktatur im Exil in Großbritannien; am 29.6.1903 in Berlin geboren
- 26.10.1947 Christian Ude, OB in München, Präsident des Deutschen Städtetages
- 28.10.2007 Auf dem Parteitag beschließt die SPD das Hamburger Programm. Das neue Grundsatzprogramm löst das Berliner Programm (beschlossen am 20.12.1989)
- 29.10.1922 Vereinigung des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands (VAJV) mit der Sozialistischen Proletarierjugend (SPJ) zur Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands (SAJ)
- 30.10.1924 Dr. Günter Grunwald, ehem. geschäftsführender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 31.10.1938 Dr. Henning Scherf, ehem. Bürgermeister und Präsident des Senats von Bremen, ehem. PV-Mitglied, ehem. Landesvorsitzender Bremen
- 31.10.1940 Uwe-Karsten Heye, ehem. Chefredakteur „Vorwärts“

Impressum

Neue Blätter für Politik und Kultur
Herausgeber: Carlo-Mierendorff-Gesellschaft
für Politik und Kultur e.V.
Redaktion: Di 9-12 Uhr
P. Neumann (verantwortl.)
D. Hohn, M. Feske, A. Olszewski
Telefon 04171/788788
Fax 04171/788789
Email: CMG.Redaktion@web.de
Erscheint monatlich
V.i.S.d.P: P. Neumann

Inhaltsverzeichnis

Die Troika ist tot – es lebe die Troika	S. 1
Von der Würde des Menschen von <i>Detlev Hohn</i>	S. 2-4
Nie wieder Nationalsozialismus: Otto Eggerstedt	S. 5-6
Die Rente ist sicher von <i>Michael Feske</i>	S. 7-9
Rückblicke	S. 10-11
Namen und Daten	S. 12-13
Literarisches Kabarett	S. 14



Erich Kästner 1932

Politisch

Das
Literarische
Kabarett

Ein Traum macht Vorschläge

Ich träume
— man kann das ja ruhig gestehen —
fast nie.

Ich schlafe lieber, sobald ich liege.
Aber kürzlich hab ich trotzdem geträumt, wissen Sie.
Und zwar vom kommenden Kriege.

Aus den Gräbern krochen Millionen
Männer hervor
(lauter Freiwillige, wie eine Stimme betonte),
die hoben ihre Gewehre zur Schulter empor
und prüften, wen zu erschießen sich lohnte.

Sie kamen einander entgegen,
fertig zum Schuß und stumm ...
Doch da schrie eine Stimme,
als wäre jemand in Not!
Da drehten die Männer, wie auf Kommando,
die Flinten herum
und schossen sich selber tot.

Sie fielen um in endlosen Reihn.
Ich träume doch eigentlich nie ...
Und wer mag das nur gewesen sein,
der so schrie?



Aus dem Kreistag: Schulentwicklung

Trend zum längeren, gemeinsamen Lernen

Bei der letzten Kreistagssitzung wurde die 3. IGS im Landkreis beschlossen. Am Ende fiel die Entscheidung zwischen Rosengarten und Hittfeld. Eine schwere Entscheidung, zumal durch solche Entscheidungen bestehende Schulstandorte gefährdet sein können.

Die Entscheidung fiel mehrheitlich für Hittfeld. Die Elternbefragung hat ergeben, dass voraussichtlich die meisten Kinder in Hittfeld angemeldet werden. In Seevetal bestehen außerdem langfristig die besten Zukunftsaussichten für stabile Schülerzahlen. Finanzielle Gründe bei Baumaßnahmen zur Umgestaltung sprachen ebenfalls für Hittfeld.

Gleichzeit wurde den Eltern aus Rosengarten Unterstützung beim Erhalt der dortigen Schulen zugesagt. Eine Maßnahme könnte sein, dass die dortige Oberschule einen gymnasialen Zweig erhält.

Um zu verdeutlichen, welche Bewegung in der Schullandschaft besteht, hier die Beschlusslage im Kreistag innerhalb eines Jahres:

- IGS Hittfeld als 3. Standort dieser Schulform
- Stelle wird Oberschule mit teilweiser offenen Ganztagschule
- Hollenstedt wird Oberschule mit teilweiser offenen Ganztagschule
- Salzhausen wird Oberschule mit teilweiser offenen Ganztagschule
- Hanstedt wird Oberschule mit teilweiser offenen Ganztagschule
- Rosengarten wird Oberschule mit teilweiser offenen Ganztagschule
- Einrichtung einer teilweise offenen Oberschule in Jesteburg

Die weiterhin hohen Anmeldezahlen auf den bestehenden Gesamtschulen in Buchholz und in Winsen führten zu einer Umfrage bei den Eltern nach einem 3. Standort. Das Interesse von Eltern an einer guten Schule für ihre Kinder wurde auf allen Schulausschuss- und den letzten Kreistagssitzungen deutlich. Die Eltern formierten sich zu Initiativen für Hittfeld bzw. Rosengarten und nahmen in großer Anzahl als Bürgerinnen/Bürger an den Ausschusssitzungen teil. Sie nutzten Bürgerfragestunden, um ihre Anliegen vorzutragen.

Wie geht es weiter? Das Ende des Dreigliedrigen Schulsystems rückt immer näher. Eine Veränderung der politischen Mehrheitsverhältnisse in Niedersachsen wird dazu führen, dass die Hürden zur Errichtung von Gesamtschulen niedriger werden. Die künftige Kultusministerin Frauke Heiligenstadt spricht von einer 4- bzw. 3-Zügigkeit bei der Einrichtung.

Eltern wollen zunehmend eine Schule, in der nicht zu früh Entscheidungen gefällt werden müssen über die Schullaufbahn ihrer Kinder. Schaut man über die Grenzen unserer europäischen Nachbarn hinweg, stellt man fest, dass in vielen Ländern sehr erfolgreich lange gemeinsam gelernt wird!

Kristina Schneider
Kreistagsabgeordnete



Bericht vom Fraktionsvorsitzenden der SPD-Stelle

Mit folgenden Themen beschäftigt sich u.a. derzeit die SPD-Ratsfraktion Stelle:

- Straßenausbaubeitragssatzung:

Ein Thema, dass immer wieder bei den betroffenen Anliegern zu heftigen Diskussionen führt.

Gemäß § 6 NKAG können die Gemeinden und Landkreise zur Deckung ihres Aufwandes für die

Herstellung (nicht die erstmalige Herstellung),
Anschaffung
Erweiterung
Verbesserung und
Erneuerung (nicht die bloße Reparatur)

Ihrer öffentlichen Einrichtungen (Straßen, Wege ...) Beiträge von den Grundstückseigentümern erheben, denen die Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser öffentlichen Einrichtungen besondere wirtschaftliche Vorteile bietet (aus: Drucksache XVI/094).

Unsere Straßenausbaubeitragssatzung ist aus dem Jahre 1983. Wichtig ist hierbei ein 1984 geänderter Paragraph (§ 4 Abs. 5), der dem Rat die Möglichkeit einräumt, „den zu tragenden Anteil am beitragsfähigen Aufwand höher oder niedriger festzusetzen, wenn wichtige Gründe für eine andere Vorteilsbemessung“ sprechen.

Es soll jetzt abgewogen werden, ob die Beitragssatzung beibehalten, modifiziert oder abgeschafft werden soll.

- Baumschutzsatzung:

Bei Baumschutzsatzungen gibt es nach bisherigen Erkenntnissen die Möglichkeit, Bäume nach den Merkmalen Umfang, Art und Höhe zu schützen oder aber genau bestimmte, ortsbildprägende Bäume auszuwählen. Ein derartiger Vorschlag wurde nach vorheriger Diskussion nunmehr von der Gemeindeverwaltung vorgestellt.

Basis dieser Baumschutzsatzung ortsbildprägender Bäume soll eine Erhebung des „Grünen Kreises“ sein. Letztendlich wird es sich wohl um 150 – 200 Bäume handeln, die in dieses Kataster aufgenommen werden. Unterstützt werden sollen die Grundstückseigentümer durch finanzielle Unterstützung bei Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen.

Während seitens der CDU und der Gruppe, hier insbesondere bei der FDP, erhebliche Vorbehalte bestehen und bereits mit der Kreissäge gedroht wird, stehen wir, die Grünen und BIGS dem Vorschlag der Verwaltung positiv gegenüber.

- Sanierung der Schulsporthalle

Die in 1982 gebaute Schulsporthalle ist in die Jahre gekommen. Aus dem Gutachten des Architektenbüros Hufenbach wurde deutlich, dass Maßnahmen am Dach, bei den sanitären Anlagen, den elektrotechnischen Anlagen und im Bereich der Halle (Wand, Boden) vorgenommen werden müssen. Der Aufwand hierfür soll sich auf TEUR 1.530 belaufen. Es wird angestrebt, dass sich der Kreis mit 66 % (wegen Nutzung durch die Schule) an den Kosten beteiligt.

Aufgrund der allgemein guten Bausubstanz soll nach Durchführung der Maßnahmen eine weitere Restnutzungsdauer von 25 – 30 Jahren gegeben sein.

Wir sind der Meinung, dass die Reparaturarbeiten möglichst zügig durchgeführt werden sollen und unterstützen die Vorschläge der Verwaltung.